

Liebe Kameradin, lieber Kamerad, liebe Freunde und Freundinnen der VVN-BdA Nr.: 02 – Mai 2016



Über 220 Besucher erlebten Anfang März im Karl-Bröger-Zentrum eine wunderbare Veranstaltung mit Esther Bejarano und der Microfone Mafia. Esther hinterlegte nach der Veranstaltung Blumen am Mahnmal vor dem Karl-Bröger-Zentrum. Und sie u.a. stellte fest: =>

„Liebe Freundinnen und Freunde: Es ist unvorstellbar, dass wir 70 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende des Faschismus wieder so viele Opfer beklagen müssen – durch Terror, Faschismus, Antisemitismus, Ausländerhass. ...

Wir müssen alle wachsam sein und die Menschen – ganz besonders aber die Jugend – über die furchtbare Vergangenheit aufklären, damit nie wieder geschehe, was damals geschah. Denkt an die Worte von Bertolt Brecht »Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“. (Esther Bejarano)

In diesem Sinne werden wir weitermachen und mithelfen, dass auch in unserer Stadt die Nazis keinen Spielraum bekommen.

Es hat sich gezeigt: Ob die Extreme Rechten bei uns in Nürnberg unter dem Namen PEGIDA, „Die Rechte“, AfD oder auch „Sichere Heimat“ aufrufen - es versammeln sich durchwegs die gleichen Gestalten. Ihre Parolen sind - mal mehr, mal weniger aggressiv - ausländerfeindlich, rassistisch, nationalistisch, unsozial und stockreaktionär.

Z.B. die AfD! Trotz aller demagogischen Phrasen ist sichtbar: Sie verteidigt nicht die Interessen des ‚Kleinen Mannes‘. Sie will keine Millionärssteuer und keine Erbschaftssteuer. Das würde ja die Reichen belasten. Diese Partei steht auf der Seite der Großverdiener gegen die arbeitende Bevölkerung.



Termine - Termine - Termine - Termine

O. Seit Monaten führen die türkische Armee und Polizei **militärische Angriffe auf kurdische Städte im Osten der Türkei** durch, riegele die Versorgung der Menschen ab, schießen teilweise mit Panzern und Artillerie auf Wohngebiete.

Die politisch Verantwortlichen in unserem Land und in der EU schweigen dazu, denn im Gegenzug soll Erdoğan Flüchtlinge davon abhalten in die EU zu gelangen. Für diese Aktion erhält die türkische Regierung einige Milliarden EURO und andere Vergünstigungen. Dieses menschenverachtende Tauschgeschäft muss ein Ende haben!

Das Nürnberger Friedensforum und die DIFD laden ein zu einer **Mahnwache am 24. Mai von 16.00 – 18.00 vor der Lorenzkirche.**

O. **Wo steht Afghanistan heute?** Politisch - gesellschaftlich - militärisch.

Die DFG-VK, und das Nürnberger Evangelische Friedensforum (NEFF) laden ein zu einer **Veranstaltung mit Dr. Matin Baraki**, Politologe und Buchautor.

Freitag, 3. Juni 2016, um 19:30 Uhr, im Nachbarschaftshaus Gostenhof, Adam-Kleinstr. 6

Dr. Matin Baraki, wurde 1947 in Kabul geboren, hat dort studiert und als Lehrer gearbeitet. Er kam 1974 in die BRD und lehrt heute internationale Politik an den Universitäten Marburg, Gießen und Kassel. Durch längere Besuche in seiner Heimat Afghanistan, wie jetzt im März 2016, bringt er aktuelle Informationen aus dem Land mit.

O. Wir laden ein zur einer **Führung durch die neue Sonder-Ausstellung ‚Schule im National-sozialismus‘** im Dokumentations-Zentrum Reichsparteitagsgelände **am Freitag den 24.Juni, 16.00 Uhr.** Unser Freund Michi Kaeser, Sprecher im Nürnberger Friedensforum, wird für die VVN-BdA und weitere Interessierte dazu eine Führung machen. (Siehe dazu auch den beiliegenden Flyer des Dokuzentrums.)

O. Die ‚Junge Stimme‘ lädt ein zum **2.Straßenfest am Aufseßplatz.** (Samstag, 11.Juni, 14-22 Uhr)

Gegen Rassismus und Diskriminierung - Für ein besseres Zusammenleben.

Die VVN-BdA und viele andere antifaschistische und antirassistische Organisationen unserer Stadt sind mit dabei. (Die Junge Stimme e.V. ist ein Verein, der interkulturelle, soziale und politische Arbeit leistet und damit bestehende Barrieren zwischen Menschen unterschiedlicher nationaler Herkunft überwinden möchte. - Siehe auch den beiliegenden Flyer)

O **Veranstaltung zum bayerischen Integrationsgesetz in Nürnberg mit Dr. Klaus Hanzog, (ehreamtlicher Verfassungsrichter)** am Montag, 20.06.2016, 18.00 Uhr, im Caritas-Pirckheimer-Haus, Königstraße 64.

Die Veranstaltung wird in Kooperation mit dem DGB Mittelfranken und verschiedenen weiteren gesellschaftlichen Gruppen durchgeführt.

Stellungnahme der VVN-BdA Bayern zum Kabinettsentwurf für ein bayerisches Integrationsgesetz:

Das bayerische Kabinett hat einen Entwurf für ein bayerisches Integrationsgesetz vorgelegt.

Er geht davon aus, dass Asyl nicht ein Recht ist, auf das Flüchtlinge Anspruch haben, sondern dass es selektiv als Gnade gewährt werden kann.

Er betrachtet Zuwanderer, insbesondere Flüchtlinge, als Bedrohung für die Gesellschaft.

Er gibt vor, Integration zu fördern, will aber mit der Vorgabe einer verpflichtenden bayerischen „Leitkultur“ Assimilation erzwingen.

Er enthält keinerlei neue Rechte für Zuwanderer, bedroht sie vielmehr mit verschiedensten Sanktionen (alle genannten Fördermaßnahmen unterliegen einem Haushaltsvorbehalt).

Er verpflichtet Staat und Kommunen zu nichts, was das angstfreie Zusammenleben aller Einwohner fördern könnte:

- nicht zum Bau von mehr Sozialwohnungen
- nicht zur Einstellung von mehr Lehrkräften und Kindergartenpersonal
- nicht zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten medizinischen Versorgung
- nicht zum Schutz vor Lohn-Dumping und Ausbeutung auf unbezahlten Praktikumsplätzen.

Er macht das Recht von Kindern auf Schulbildung vom Aufenthaltsstatus der Eltern abhängig. **Er** ignoriert das größte Hindernis, das der Integration entgegensteht, und sorgt nicht für Schutz vor rassistischen Angriffen und Diskriminierungen.

Er ermöglicht ausdrücklich die Sortierung von Besuchern/Nutzern von Bibliotheken, Schwimmbädern und anderen öffentlichen Einrichtungen nach Nationalität und Aufenthaltsstatus und ihre unterschiedliche Behandlung durch das Personal.

Er enthält pauschale Ermächtigungen zur Einschränkung von Grundrechten für Alle (Freiheit der Person, Versammlungsfreiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung und Eigentum).

Er gibt „den Sicherheitsbehörden“ das Recht, „im Vorfeld strafrechtlicher Relevanz“ (d.h. ohne Straftatbestand und ohne richterliches Urteil) nach eigener Beurteilung der Verfassungskonformität von Handlungen/Aussagen gegen Einheimische wie Zuwanderer empfindliche Strafen zu verhängen (Bußen bis zu 50.000 Euro). Eine solche Sonderjustiz ist mit unseren Auffassungen von Demokratie unvereinbar. **Der Gesetzentwurf ist aus all diesen Gründen nicht akzeptabel.**

Eine sehr gut besuchte Veranstaltung zu Ehren des Gründers der Nürnberger Nachrichten, Dr. Josef Drexel.



Fotos © JOSH REUTER

Am 13. April 1976 verstarb der Gründer und Verleger der Nürnberger Nachrichten und aufrechte Antifaschist Dr. Joseph E. Drexel. Ein Datum, das im heutigen Verlagshaus Nürnberger Presse leider kaum offizielle Beachtung fand.

Umso erfreulicher war bei der gemeinsamen Veranstaltung von VVN-BdA, ver.di und dju (Deutsche Journalisten-Union) das große Interesse auch seitens der dortigen MitarbeiterInnen.

Der Referent Ernst Antoni, der Dr. Drexel als Redakteur noch persönlich erlebte, legte überzeugend dar: **Prägend für den Gründer der Nürnberger Nachrichten war nach erlittener Verfolgung durch die NS-Diktatur sein strikter Antifaschismus**, der jedoch nie einer bestimmten politischen Richtung zuzuweisen war.

Tags darauf gedachte eine kleine Delegation von VVN-BdA und ver.di noch am Grab des seinerzeit Verstorbenen und legte ein Gebinde nieder.

Joseph E. Drexel bleibt eine wichtige Person, die auch in der heutigen Presselandschaft mit seinem klaren antifaschistischen Bekenntnis Vorbild bleiben sollte.



„Ich sagte schon, es war nicht leicht gewesen, sich der Nazi-Mentalität zu entziehen. Aber es ist auch nicht leicht, diese Mentalität überlebt zu haben und sich doch gleichzeitig von ihrem Fortleben in den Köpfen deutscher Zeitgenossen überzeugen zu müssen – und das tagtäglich, wenn auch in veränderten Formen. Nein, auf die Einmaligkeit eines geschichtlichen Geschehens ist kein Verlass“ Joseph E. Drexel im Jahr 1973

„Hier im Südfriedhof ist Dr. Josef Drexel begraben. Eine der ganz wichtigen Persönlichkeiten unserer Stadt. Drexel gehört zu denen, die entschieden Widerstand geleistet haben gegen das Naziregime, gegen den faschistischen Ungeist. Dies

- in der Zeit vor der Machtübertragung an die Faschisten, also vor 1933,
- aber auch in der Zeit während der Nazi-Diktatur.

Drexel hat für seinen Widerstand übelste Folterungen und Misshandlungen in Kauf nehmen müssen, insbesondere im Vernichtungslager KZ Mauthausen.

Sein Leben und vor allem seinen Widerstand zusammenfassend, würde ich feststellen:

Im Sinne des Schwurs von Buchenwald war Drexel ein Kämpfer für eine bessere Welt des Friedens und der Freiheit. - Für Humanismus und gegen jegliche Art von Rassismus und Nationalismus. Drexel war Zeit seines Lebens Antifaschist.

Fremdenfeindliche Ausschreitungen, Brennende Flüchtlingslager, zahllose erlaubte und von der Polizei geschützte Aufmärsche von Rassisten und Nationalisten auch in unserer Stadt. Das ist inzwischen nahezu Alltag.

Die Gründer unserer Organisation - und sicher auch Dr. Drexel - hätten sich 1945, nach der Zerschlagung des deutschen Faschismus durch die Alliierten Armeen, nach der Abrechnung mit den Verbrechen der Nazis in den Nürnberger Prozessen, solche rassistischen Exzesse nie und nimmer vorstellen können.

Heute, 71 Jahre nach der Befreiung von Faschismus und Krieg muss man leider feststellen: Es braucht mehr denn je Menschen, die darauf hinweisen, was das Nazi-Regime im eigenen Land und in Europa insgesamt verbochen hat - Und was Faschismus heißt!

Und es braucht mehr denn je Menschen, die sich den immer aggressiver auftretenden Rassisten und Nationalisten entgegen stellen.

Gerade deswegen ist es wichtig an ihre Erfahrungen und ihren Widerstand zu erinnern.“ Georg Neubauer, 13.04.2016.

Über 300 Angriffe auf Asylunterkünfte

Berlin. In den ersten drei Monaten dieses Jahres wurden in Deutschland 319 Angriffe auf Asylunterkünfte registriert. Das geht aus einer am Dienstag veröffentlichten Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Linksfraktion hervor. Die meisten Vorfälle gab es demnach in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Niedersachsen – an der Spitze liegt allerdings der Ort Freital in Sachsen mit zehn Angriffen. Erfasst wurden unter anderem Sachbeschädigungen und Brandstiftungen, aber auch Körperverletzungen. (aus jW)

Appell »Kein schmutziger Deal mit der Türkei«

Unter dem Titel »Kein schmutziger Deal mit der Türkei« veröffentlichten verschiedene Initiativen vor einigen Tagen einen Appell an die Bundesregierung und starteten eine Unterschriftenaktion.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel, sehr geehrter Herr Außenminister Steinmeier, Ihr besonderer Schulterschluss mit dem türkischen Regime brüskiert Demokraten, Gewerkschaften, Frauenbewegung, freie Presse, Wissenschaft und Künstlerinnen und Künstler sowie insbesondere die linkspluralistische Partei HDP und die kurdische Freiheitsbewegung, die für ihr Eintreten für Demokratie, soziale Rechte und Selbstbestimmung in der Türkei systematisch verfolgt und bedroht werden.

Die Rechte von Flüchtlingen werden ordnungspolitischen Machtinteressen geopfert.

Massive Bombardements, Menschenrechtsverletzungen und Massaker an der Zivilbevölkerung im Osten der Türkei durch die türkische Staatsgewalt schweigen Sie tot.

Ihr Versprechen auf EU-Mitgliedschaft, auf Vorzugsbehandlung und Unterstützung in Höhe von ungeheuerlichen sechs Milliarden Euro machen Sie, Ihre Regierung und die EU zum besonderen Komplizen des Despoten Recep Tayyip Erdogan, einem »Terrorpaten«, der eng mit den Terrorgruppen um den »Islamischen Staat« zusammenarbeitet, einem »Kriegshasardeur«, der alle Angebote auf Friedensgespräche ablehnt, an abenteuerlichen Militäraktionen in den Nachbarländern festhält und die Genfer Friedensverhandlungen mit der Ausgrenzung der syrischen Kurden belastet.

Ihr Deal löst kein Flüchtlingsproblem, bringt aber Krieg und Terror näher nach Europa. Ihr Deal mit der Türkei ist nicht nur eine moralische Bankrotterklärung. Er ermuntert das türkische Regime geradezu, den Bürgerkrieg im Innern anzuzünden und seine den Frieden gefährdenden, völkerrechtswidrigen Militäraktionen in den Nachbarländern fortzusetzen. Ihre Politik mindert nicht die Flüchtlingskrise, sondern tritt die Rechte von Flüchtlingen mit Füßen, ruft neues Elend und neue Flüchtlingswellen hervor.

Diese Politik riskiert eine Behinderung der Genfer Friedensverhandlungen zu Syrien und mehr noch einen für uns alle auch in Europa bedrohlichen unmittelbaren Zusammenstoß zwischen NATO und Russland. (...)

Wir fordern: Schluss mit dem schmutzigen Deal mit der Türkei. Ein Politikwechsel muss her! Keine Gelder, keine Waffen, keine anderen logistischen oder militärischen Hilfeleistungen mehr an die Türkei.

Statt EU-Beitrittsperspektive diplomatischer Druck auf die Türkei zur Einstellung aller staatlichen Terrorhandlungen und friedensbehindernden Aktivitäten.

Schluss mit allen Sonderrechten für die Türkei in Europa. Schluss mit Behinderungen von Demokraten, der linkspluralistischen Partei HDP und internationalistischen Freiheitsbewegungen. Weg mit dem PKK-Verbot.

Konsequente Einhaltung der UNO-Menschenrechts- und Genfer Flüchtlingskonventionen. Vertreter der Kurden an den Genfer Verhandlungstisch. Freier Zugang für Hilfslieferungen und Rückkehrer nach Rojava. Nicht Böhmermann, der Menschenrechtsverletzer Erdogan gehört vor Gericht!

Brechen wir das Schweigen und werden wir so laut, bis man uns hört.

(Der Appell kann im Internet unterzeichnet werden unter: <http://keinschmutzigerdeal.net/>)



Dieser Rundbrief und weitere Stellungnahmen/Termine sind auch auf unserer Internetseite zu finden.

<http://nuernberg.vvn-bda.de/>